

Sachsen-Zeitung

Nr. 229 Jahrg. 215 für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 12,50 ohne Postgebühr. Bestellungen nehmen täglich die Postämter entgegen und unser Zustellungsamt ein.
Morgens 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. - Postfachkonto: Konto 7801.
Morgen-Ausgabe Mittwoch, 17. Mai 1922
Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit und 40 mm hoch 2,-. A. Die Spalte 30 mm breit und 40 mm hoch 3,-. B. Kleinanzeigen 1,-. C. Kleinanzeigen 1,-. D. Kleinanzeigen 1,-.
Eigendruck Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf zum Karfunkel Nr. 6249
Eigene Berliner Schriftleitung. - Verlag v. Otto Heide, Halle-Saale.

Englands Bläne für den Saag

Eine englische Erklärung

Zihschöferin gegen den Saag als Konferenz

w. Genoa, 16. Mai.

In der heutigen englischen Pressekonferenz gab Sir Edward Craig über eine Reihe kritischer Fragen Auskunft. Zunächst betonte die Nichtunterzeichnung der Antwort an England durch Belgien und Frankreich absolut nicht, daß Belgien und Frankreich mit der Antwort an sich nicht einverstanden wären. Beide Staaten hätten aber das Memorandum nicht unterzeichnet und hätten daher auch die Antwort nicht unterschreiben können. Barhou hat erklärt, daß die französische Delegation sich sehr freuen würde, wenn die Blößen die vorläufige Annahme wären, die sie mit allen einverstanden sei; denn Frankreich wolle gern und mit allen Kräfte an die Arbeit gehen. Diese Blößen würden hauptsächlich die Unterformalitäten morgen noch ins Auge zu fassen haben. Im übrigen ist die begrenzte Vertrags-Ziel durchaus seine Verbindlichkeit, die man England anerkennen würde. Das würde ein Einverständnis in die russischen Souveränitätsbestimmungen, als sie damit auch ihrer Verpflichtungen betreffend die Vertrags-Ziel selbst wären. Diese Last würde hauptsächlich die Unterformalitäten morgen noch ins Auge zu fassen haben. Im übrigen ist die begrenzte Vertrags-Ziel durchaus seine Verbindlichkeit, die man England anerkennen würde. Das würde ein Einverständnis in die russischen Souveränitätsbestimmungen, als sie damit auch ihrer Verpflichtungen betreffend die Vertrags-Ziel selbst wären. Diese Last würde hauptsächlich die Unterformalitäten morgen noch ins Auge zu fassen haben.

England und der 31. Mai

w. London, 16. Mai.

Interhaus. Lamberts erwiderte die Regierung, die Bedingungen und den Zeitpunkt der Einladung zur Erweiterung der Frage mitzuteilen, welche gemeinsame Arbeit gegenüber Deutschland unternommen werden sollte, wenn es den Reparationsbedingungen nicht nachkomme, und ob die Regierung die Gründe mitteilen könne, mit denen die französische Regierung ihren ablehnenden Standpunkt erkläre. Chamberlain erwiderte, am 26. April habe Lord George Barhou erwidert, eine Zusammenkunft der alliierten Staaten und der Unterzeichner des Friedensvertrages zum 31. Mai weder in Genoa noch in London stattfinden würde. Auf weitere Fragen antwortete, sagte Chamberlain, zwischen Barhou und dem Premierminister seien keinerlei Dokumente ausgetauscht worden. Die Mittelungen seien auf beiden Seiten Verdächtigungen. Lamberts fragte, ob Chamberlain wisse, daß viele Mitglieder der Backenette mit dem 31. Mai weder in Genoa noch in London stattfinden würden. Auf weitere Fragen antwortete, sagte Chamberlain, zwischen Barhou und dem Premierminister seien keinerlei Dokumente ausgetauscht worden. Die Mittelungen seien auf beiden Seiten Verdächtigungen. Lamberts fragte, ob Chamberlain wisse, daß viele Mitglieder der Backenette mit dem 31. Mai weder in Genoa noch in London stattfinden würden.

Danklich gezahlt

w. Paris, 16. Mai.

Die Reparationskommission teilt mit, daß die deutsche Regierung getreu bei der vom Völkerbund bestimmten Zahl eine Zahlung von etwa 50 Millionen Gulden geleistet.

Kaiserliche und republikanische Post

Deutscher Reichstag

Am 11 Uhr 20 Minuten wird die Sitzung eröffnet.

Abg. Koenen (Damp.) fragt, ob die Ministerberatung auftritt, daß auf dem Abgabepapier „Wunder“ 6000 Tonne Zeitungspapier für Südamerika verladen seien und ob die Regierung zu tun gedenke, um diesem illegalen Ausfuhr zu Ende zu machen und angesichts des Papiermangels und der wucherlichen Preiserhöhungen der Arbeiterpreise das notwendige Material zu sichern.

Regierungsrat wird erwidert, daß die Untersuchung in dieser Angelegenheit noch nicht beendet sei.

Derzeit wird die Verwaltung des Postwesens fortgesetzt.

Abg. Leib (D. Vp.) bringt seine Freude aus, daß die Zentralisierungsbestrebungen Stellung zu nehmen. Ebenso müsse es sich vor der Exekution hüten. Die volle Sonntagruhe müsse wie in anderen im ganzen Reich bei der Post durchgesetzt werden. Dadurch würde die Zahl der Kranke und Invaliden wesentlich herabgemindert werden. Auf das Defizit der Post dürfe der schamhafte Adjunktentag kaum einen großen Einfluß ausüben, ebenso aber sei in der Schöpfung der Gebühren das Mittelmittel zu erblicken. Die russischen Postämter, die in der Zeitungszeitung von Rubeln gehen, sollten hier als abfälliges Beispiel gelten. Reiner wendet sich gegen die Praxis der Verwallung, sich auch Nichtleistungen bezahlen zu lassen, wie z. B. bei nicht zustandekommem Ferngesprächen 1,35 M. und die Postgebühren von 3 M., selbst wenn keine postlagernden Briefe da seien.

Reichspostminister Wieseler: Gegen die allgemeine Sonntagruhe ist von der künftigen Verwallung scharfe Opposition zu erwarten. Der Bauer hat in der Woche keine Zeit, Zeitungen zu lesen. Er will sie am Sonntag früh erhalten. Die Frage des Postdefizits der Nebenleistungen wird geprüft werden. Die Posten müssen erweitert werden, damit die Post nicht zu große Gebühre zahlen nicht zustandekommem Ferngespräche verlorengelassen. Reiner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen Oppeln, Aachen und Gumbinnen Einspruch.

Reiner erhebt Einspruch. Die Posten müssen erweitert werden, damit die Post nicht zu große Gebühre zahlen nicht zustandekommem Ferngespräche verlorengelassen. Reiner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen Oppeln, Aachen und Gumbinnen Einspruch.

gebildet Beamte ersetzen wollen. Nach einer entsprechenden Anbahnung werden auch die bisherigen Unterbeamten in Arbeit, der nötigen Zufriedenheit arbeiten. Die Postagenturen können angesichts des veränderten Umfangs der Anstalten allerdings nicht mit Vollbesatz besetzt werden.

Abg. Seppel (Soz.) bringt Klagen vor über die Schlechterhaltung der Reichspostämtern und Postämter. Er hat eine große Zahl der Aufsichtsbearbeiter und meint, daß, wenn die kaiserliche Post überhöht erzielt habe, dies lediglich auf Kosten des Interpersonals möglich gewesen sei. Reiner wendet sich gegen den republikanischen und gewerkschaftlichen Einfluß auf die Postverwaltung und vor Beeinträchtigung des Reichspräsidenten Ebert nicht halt mache.

Staatssekretär Dr. Brehm betont, daß das automatische Fernsprechen in der besten Entfaltung ist und schon gute Erfolge erzielt worden seien. Er kommt sodann auf die Tragfähigkeit der Rede der Reichspräsidenten zu sprechen, die viele Millionen Schaden anrichten und 30 Prozent aller Betriebsstörungen ausmachen. Die Streichungsgebühr für ausgerechnete Ferngespräche könne nicht entbehrt werden, weil die Zurückzahlung von Ferngesprächen in letzter Zeit überhand nehme.

Abg. Ostmann-Schwanenberg (L. E.) appelliert an den Minister, der selbst aus dem Arbeiterstand herorgegangen sei, die berechtigten Klagen der mittleren und unteren Beamten zu erfüllen und den Aufwandsbeitrag ein Ende zu machen; jedenfalls wolle sich die Beamtenchaft nicht von den höheren Beamten kontrollieren und beunruhigen lassen und erhalte deshalb Freitage dagegen, daß neuerdings Verbringungen im Grunde seien, die Mißbilligung durch bloßen Gehör herabzusetzen.

Nachdem Minister Wieseler sich fobann bereit erklärt hat, hinsichtlich der Regelung der Zustellungsgebühren den Bedürfnissen der Presse entgegenzukommen, wird der unabhängige Antrag auf monatliche Berechnung der Zustellungsgebühren abgelehnt. Der unabhängige Antrag auf Entfernung der Kaiserbilder und Hoheitszeichen wird sodann angenommen und das Ministerkabinet bewilligt. Im Laufe der Einzelberatung scheidet der Minister zu, bei der Personalberechnung der Reichspostämter die Ergebnisse zu prüfen zu lassen und erklärt sich bereit, Beamten, die aus Angst ihrer Verdrückung auf ihre Stelle verzichten, eine Wohnung zu zahlen. Nach weiterer unbeschränkter Debatte wird der Vorbescheid, ebenso der Etat der Reichsdruckerei, das Postdefizit von 2,5 Millionen Reichsmark, das Postdefizit des Reichspostministeriums, verlagert auf die Verhandlungen, nachdem der Reichspräsident gesprochen hat.

Reiner erhebt Einspruch. Die Posten müssen erweitert werden, damit die Post nicht zu große Gebühre zahlen nicht zustandekommem Ferngespräche verlorengelassen. Reiner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen Oppeln, Aachen und Gumbinnen Einspruch.

Reiner erhebt Einspruch. Die Posten müssen erweitert werden, damit die Post nicht zu große Gebühre zahlen nicht zustandekommem Ferngespräche verlorengelassen. Reiner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen Oppeln, Aachen und Gumbinnen Einspruch.

Neue Gütertarifverhandlungen

Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und veränderten Ausgaben der Reichsbahnen nötigt diese, bereits am 2. Juni die Güter, Eisen, Holz und Eisenwaren zu erhöhen, um die entsprechenden Ausgaben von 7 Milliarden Mark zu decken und 12 Millionen für Verlust und Abzug zu decken.

Dollar amtlich 282,14 G.

Genau morgen ist die politische Interkommission

mit Einfluß der Russen zusammenzutreten. Ein Abschluß wurde in der heutigen Sitzung noch nicht erzielt. Den russischen Delegierten Zihschöferin und Molosoff wurden bei im Anfang zum getrigen Sitzungsprotokoll enthaltenen Vorläufige mitgeteilt. Die Russen stellten informativ Fragen, aus denen man den Eindruck gewann, daß sie morgen ihre Zustimmung zu dem Saager Plan erteilen werden. Es kam unternommen zu einem Zusammenstoß zwischen Japanern und Russen, als Zihschöferin als Grundfrage aufstellte, daß alle mit Konferenzplan eine Einheit bildenden Länder im Saag vertreten sein müßten, also auch die Republik des fernsten Ostens Zschiha. Siegenen erhob sich Vicomte Sachosi und befrucht Zihschöferin das Recht, die Republik des fernsten Ostens als mit Russland verbunden zu bezeichnen. Zihschöferin wies Sachosi Standpunkt mit dem größten Nachdruck zurück und fragte, ob Japan Sibirien anerkennen wolle, als Entschädigung für die Kosten der kriegerischen Handlungen, denen Japan dort seit langem und gänzlich ungerechtfertigt obliegt? Es gab einen längeren Wortstreit, in dem Lord George und Facta vornehmlich eingriffen. Zum Schluß der Sitzung erklärte die russische Delegation, sie würde morgen eine definitive Antwort erteilen. Die Franzosen und Belgier waren keine, wie angekündigt, nicht erschienen.

In der Sitzung von heute morgen machte Zihschöferin Einwendungen gegen den Saag als Ort der Sachverständigenkonferenz. Es wurde ihm darauf mitgeteilt, daß der Ort der Konferenz noch nicht ganz feststeht. Reiner stellte Zihschöferin die Frage, warum Deutschland nicht nach dem Saag eingeladen sei, worauf ihm geantwortet wurde, daß durch den Vertrag von Rapallo Deutschland aus den Reparationsverhandlungen mit Russland ausgeschlossen sei. Der Vorschlag der Konferenzigen Staaten in dem erklärte dem Sachverständigen, daß keine Regierung die

